

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 73 (1995)
Heft: 2

Buchbesprechung: Bücherwelt

Autor: Schmid, Peter A. / Mosimann, Hans-Jakob / Kästli, Tobias

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chancen des Politischen

Hans Hartmann und Franz Horvath: Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP. Realotopia Verlagsgenossenschaft, Zürich 1995, 177 Seiten, Fr. 18.80

Thomas Meyer: Die Transformation des Politischen, Edition Suhrkamp (es 1908), Frankfurt a.M. 1994, 277 Seiten, Fr. 20.80.

In der Schweiz wird vor allem eine Partei regelmässig mit dem Vorwurf des Populismus konfrontiert: die Zürcher SVP. Seit Jahren politisiert sie mit einem sehr eigenen Stil und hat in der Zeit, in der es politische Parteien sonst eher schwer hatten, grosse Wähler- und Mitgliedererfolge erzielt. Die Gründe für diesen Erfolg versuchen die beiden Historiker Hans Hartmann und Franz Horvath in ihrem bei Realotopia erschienen Buch «Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP» aufzudecken.

Zwei Gründe sind für Horvath und Hartmann hauptsächlich für den Erfolg der Zürcher SVP verantwortlich: die autoritäre Orientierung an einem konservativen Wertsystem und die konsequente, zentralistische Parteaufbauarbeit. Anhand eines intensiven Quellenstudiums der SVP nahen Presse versuchen sie, dies anhand der Entwicklung der Zürcher SVP in den letzten zwanzig Jahren zu belegen. Es gelingt ihnen eindrücklich nachzuweisen, wie autoritär die Partei in den letzten Jahren auf die Blochersche Ideologie getrimmt wurde. Diese Geschichte der SVP ist recht interessant. Leider bleibt es jedoch bei einem blossen Geschichtenerzählen. Was dem Buch fehlt, ist eine kritische

Untersuchung der realpolitischen Hintergründe des Erfolgs. Die Autoren zeigen zwar mit viel Fleiss, wie die SVP Erfolge erzielen konnten, versuchen aber an keiner Stelle zu klären, warum sie überhaupt Erfolg hatte. Dies ist umso schlimmer, als vielfach auch die kritische Distanz zum untersuchten Objekt zu schwinden droht. Die Autoren scheinen fasziniert vom undifferenzierten und autoritären Umgang mit (konservativen) Werten und der Zielstrebigkeit und Radikalität der internen politischen Säuberung.

Ihre Faszination für den autoritären Wertediskurs schlägt sich auch nieder, wenn sie den Linken und Liberalen als einziges Remedium gegen den Vormarsch der Zürcher SVP eine neue Wertorientierung zumuten. Nur dadurch könnten die Linken und Liberalen wieder Oberhand gewinnen. Hier zeigt sich nun sehr deutlich, wie wenig sich die Autoren der gesellschaftlichen Bestände versichert haben, die zum Erfolg der SVP führen. Sie haben sich nicht die Mühe genommen, nach den WählerInnen der SVP zu fragen, und haben es damit verpasst, die Erfolgsgrenzen der SVP und auf der anderen Seite das beschränkte Potential der Linken, diese WählerInnen durch linke Wertorientierung abzuholen, zu erkennen. Eine Wähleranalyse hätte den beiden Autoren sehr schnell klar gemacht, dass das Potential der SVP begrenzt ist, und zwar begrenzt auf den verängstigten Mittelstand, der Angst davor hat, über kurz oder lang zu den Modernitätsverlierern zu gehören. Es ist vorab diese Schicht, die die Zürcher SVP mit populistischen Methoden (vgl. Artikel von Wymann in dieser Nummer) abholt, indem sie mit dem Volk und den

sogenannten «gesunden» Wertempfinden des Volkes argumentiert, sich als Partei des Volkes aufspielt, das Ressentiment gegen «die da oben» (vgl. Artikel von Marti in dieser Nummer) ausschlächtet und alles noch mediengewandt an die Kunden bringt.

Entscheidend ist die Frage, wie die Linken auf diese Strategie reagieren können. Der deklamatorische Aufruf von Hartmann und Horvath zu mehr Wertorientiertheit auch bei den Linken scheint wenig zu fruchten, ja angesichts der Einstellung der WählerInnen der Linken sogar kontraproduktiv zu sein. Aufschlussreicher für diese Frage ist das neuste Buch von Thomas Meyer. In «Die Transformation des Politischen» liefert Meyer gewissermassen das nach, was Hartmann/Horvath unterlassen haben, nämlich eine gründliche Analyse der Gesellschaft und der Verfallstendenzen des politischen Lebens sowie den Versuch, die Chancen des Politischen in der modernen Zeit zu benennen. Meyer untersucht kenntnisreich, aber manchmal etwas zu langsam, die anthropologischen und gesellschaftlichen Bestände des Politischen. Seine Analyse orientiert sich an der Ausgangsthese, dass das Politische sich in einem Verfallsprozess befinde, d.h. dass die Politik immer weniger zu den Lebensentwürfen der modernen Subjekte der Gesellschaft gehörten. Das Resultat dieser Entpolitisierung der Lebenswelt ist eine stetig wachsende Distanz zwischen Politik und Leben und damit zwingend eine wachsende Politikverdrossenheit. Für Meyer stellt sich nun die Frage, ob denn das Politische von den politischen Akteuren verspielt worden, oder aus eher strukturellen Gründen, und damit wider Willen, verloren gegangen sei.

Die Antwort liegt zwischen den beiden Extremen. Das Politische ist zwar zum Teil verspielt worden, zu einem grösseren Teil aber aufgrund der strukturellen Veränderungen verloren gegangen. Damit ist auch

schon klar, dass die Rückgewinnung des Politischen ein schwieriger und auch nur begrenzt möglicher Prozess ist. Was sind die Gründe für den Verlust des Politischen? Da ist einerseits die wirtschaftliche Globalisierung, die die politische Gestaltungsmacht mehr und mehr beschneidet. Die Politik kann immer weniger die internationale Wirtschaftsentwicklung mitgestalten. Weiter beobachtet Meyer einen Zerfall der sozialen Grammatik, die aus einer ständig zunehmenden Zergliederung der Gesellschaft und damit zu einer eigentlichen «Pathologie der politischen Kommunikationsformen» (S. 187) führt. Das bedeutet, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen immer weniger Verständigungsmöglichkeiten untereinander haben. Diese Pathologie ist für Meyer der Nährboden der fundamentalistischen, stark wertorientierten, autoritären Parteien, die unter dem Deckmantel der Rückbesinnung auf Moral, Religion und Wahrheit, die pluralistische Demokratie zu unterwandern versuchen. Eng verbunden mit den Pathologien der Kommunikation sind auch die erfolgsorientierten Massenmedien, die – wie auch Wymann in seinem Artikel zeigt – die Möglichkeiten einer differenzierten Meinungsbildung nicht befördern, sondern eher behindern.

Meyer belässt es nicht bei der Analyse der gesellschaftlichen Bestände, die zum Verschwinden des Politischen führen, sondern sucht abschliessend nach neuen Chancen für das Politische, nach neuen, gewissermassen transformierten Formen des Politischen. Seine Vorschläge sind einiges differenzierter und zurückhaltender als die Vorschläge von Hartmann und Horvath. Insbesondere nimmt Meyer Abstand von der Ansicht, dass die Linke einfach erneut Orientierungshilfe bieten müsse. Vielmehr plädiert er bewusst für eine differenzierte, politische Sprache, die den Mut hat, «auf die Inszenierung falscher Fundamentalternativen» (S. 264) zu verzichten. Die Linke muss sich der Tradition der Aufklä-

rung bewusst bleiben und nicht selbst im Angesicht der politischen Krise in einen linken, autoritären Wertediskurs verfallen. Die Veränderung der politischen Sprache und Kultur genügt alleine jedoch nicht. Es bedarf auch der Etablierung neuer politischer Institutionen (kleinräumige politische Strukturen) und vor allem der Wiedergewinnung politischer Entscheidungsmacht im Hinblick auf die Weltgesellschaft und -wirtschaft. «Neue Institutionen, wirkungsvollere Politik und die Veränderung der politischen Kultur»

(S. 266) sind für Meyer die Mittel, die politische Krise der Moderne zumindestens teilweise zu überwinden.

Obwohl auch Meyers Vorschläge letztlich eher im Dunkeln bleiben, ist sein Buch äusserst anregend und leistet einen erheblichen Beitrag zur Aufklärung der herrschenden Zustände im politischen Alltag. Ein Prädikat, das man leider dem Bändchen von Hartmann und Horvath selbst im Hinblick auf die Zürcher SVP nicht erteilen kann.

Peter A. Schmid

Konservative «Argumente» auf dem Prüfstand

Albert O. Hirschman: Denken gegen die Zukunft – Die Rhetorik der Reaktion. Carl Hanser Verlag, München Wien, 1992. 194 Seiten, Fr. 39.80. Neu als Taschenbuch, 1995, ca. Fr. 20.–.

Wer sich für fortschrittliche Gedanken einsetzt, begegnet immer wieder den gleichen Einwänden. Oft sind sie recht populär, selten lassen sie sich so richtig fassen. Deshalb füllt das Buch von Hirschman eine Lücke: Es befasst sich systematisch mit dem «Denken gegen die Zukunft» und belegt die stete Wiederholung der immer gleichen Argumentationsmuster im historischen Zusammenhang. Der Autor Albert O. Hirschman zählt zu den Fortschrittlichen. Als 1933 emigrierter Deutscher lehrt er heute in den USA und ist als Ökonom auch Fachmann auf dem Gebiet der Ideengeschichte. Weil ihm immer wieder verwandte konservative Argumentationen aufgefallen sind, hat er mit seinem Buch «Denken gegen die Zukunft – die Rhetorik der Reaktion» eine Systematik dieser Denkschablonen erarbeitet, die verblüfft und überzeugt.

Im Zentrum stehen die drei wesentlichen konservativen Thesen, die Thesen der Sinnverkehrung, der Vergeblichkeit und der Gefährdung. Zusammengenommen decken diese drei Thesen eigentlich die gesamte Argumentation gegen den Fortschritt ab. Hirschman bezieht die drei Thesen auf die drei Phasen im Kampf um die Freiheitsrechte, die sich nach Marshall grob unterscheiden lassen: den Kampf um die persönliche Freiheit (18. Jahrhundert), die politische Freiheit (19. Jahrhundert), die soziale Freiheit (20. Jahrhundert).

Die Sinnverkehrungsthese behauptet in ihrem Kern, dass jeder «Versuch, die Gesellschaft in eine bestimmte Richtung zu bewegen, sie zwar durchaus bewegt, jedoch in die entgegengesetzte Richtung». In der Regel tun die Konservativen, welche diese Linie vertreten, so, als ob sie den «guten Willen» der Fortschrittlichen anerkennen oder zumindest offen lassen. Ihr Hauptpunkt ist, dass es «leider» jeweils ganz anders herauskomme, als dies von den Fortschrittlichen beabsichtigt war.

Ein erstes Beispiel für diese Argumentation liefern die zeitgenössischen Gegner der französischen Revolution wie der Engländer Edmund Burke oder der Franzose Joseph de Maistre: Sie nehmen das revolutionäre Freiheitsideal und messen es an den unbestreitbar unfreiheitlichen Exzessen der Revolutionszeit. Die Revolution, so lautet dann die Schlussfolgerung, bringt nicht das versprochene Mehr an Freiheit, sondern Unfreiheit. Für de Maistre ist der Gang der Dinge, soweit er die Ideale der Revolution pervertiert, gar nicht überraschend, weil er die göttliche Vorsehung walten sieht.

Im 19. Jahrhundert löste das Ringen um politische Freiheit jenes um persönliche Freiheit ab. Im reaktionären Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht findet sich denn auch die häufige Warnung, dass mit der ungebildeten und bekehrlichen Masse als politischer Kraft nicht eine Verbesserung resultiere, sondern vieles schlimmer werde. In der Gegenwart schliesslich, gegen Wohlfahrts- und Sozialstaat, finden wir Leute wie Milton Friedman, die ohne viel empirische Belege behaupten, der Sozialstaat selber produziere erst recht Armut. Beliebte ist bei diesen modernen Reaktionären dabei die Kombination mit völlig versimpelten ökonomischen «Theorien», die mancherorts recht gut ankommen.

Die zweite konservative These kreist um das Motto «viel Lärm um nichts». Sie unterstellt, dass «alle Bemühungen um Veränderungen nutzlos sind», womit jede entsprechende Anstrengung illusorisch ist, weil sie nur die Oberfläche trifft. Angeführt findet sich diese These relativ früh bei einem nichtreaktionären Konservativen, beim Franzosen Alexis de Tocqueville, mit der Darlegung, dass die französische Revolution gar nicht das umwälzende Ereignis war, für das es beide Seiten hielten, weil viele ihrer Errungenschaften schon im Ancien régime verwirklicht waren.

Gegen das allgemeine Wahlrecht eingesetzt bedeutet die Vergeblichkeitsthese, dass so oder so immer die Gleichen regieren (Gaetano Mosca), dass eine Eliteherrschaft unvermeidlich sei (Vilfredo Pareto). In neuerer Zeit hat mit George Stigler, ein amerikanischer Kollege Friedmans, den Faden wieder aufgenommen mit der These, dass der Sozialstaat in erster Linie die Mittelschichten fördere, auf Kosten der Armen und der Reichen. Ins selbe Kapitel gehören wohl die Schauergeschichten, die als «Bürokratietheorie» das Scheitern jeglichen staatlichen Bemühens behaupten. Bemerkenswert ist, dass die Vergeblichkeitsthese den Faktor Zeit auslässt und damit ihre eigene Wirkung unterschätzt. Hirschman nennt Beispiele dafür, dass die Kritik, ein Programm sei wirkungslos, just zur Folge gehabt hat, dass Fehler korrigiert und Erfolge erzielt wurden. Mit der ersten These der Sinnverkehrung lässt sich die zweite These der Vergeblichkeit übrigens logisch schwer verbinden: Man kann ja nicht gleichzeitig von etwas behaupten es nütze nichts und es bewirke viel, aber in der falschen Richtung.

Die etwas weniger direkte, dritte reaktionäre These geht davon aus, dass wie bei einem Nullsummenspiel nur ein gewisses Mass an Fortschritt möglich sei. Deshalb heisst es dann, eine bestimmte Art von Wandel sei «an sich wünschenswert, aber der Preis für die Sache oder bestimmte Folgen seien nicht akzeptabel». Eine ältere Linie dieses Musters behauptet, dass demokratische Reformen die individuelle Freiheit gefährden. Entweder heisst es, die Mehrheit plündere bald einmal die Wohlhabenden, was per se ein Angriff auf die Freiheit wäre oder in der Diktatur und im Abwürgen von Erfindungsgeist und wirtschaftlicher Entwicklung endete. Oder es wird angeführt, dass breite Mehrheiten so konservativ seien, dass sie auch ein unfreiheitliches Regime an der Urne bestätigten – ein Beispiel wäre die Herrschaft von Louis Napoléon im Frankreich des 19. Jh.

In der modernen Fassung wird der Sozialstaat als Risiko für politische und individuelle Freiheit dargestellt. Exemplarisch ist hier der Ahnherr der heutigen Neokonservativen, Friedrich von Hayek: Weil staatliches Handeln politischen Konsens braucht, sind ihm relativ enge Grenzen gesetzt. Wenn der Staat, überaktiv, diese Grenzen überarbeitet, zerstört er Demokratie und Freiheit. Etwas weniger schrill, aber verwandt, ist die Debatte der siebziger Jahre über das vor lauter Ansprüchen angeblich unregierbar gewordene politische System. Hirschmans Buch widmet sich zur Hauptsache der konservativen

Argumentation. Kenntnisreich und gut belegt gelingt es ihm, mit Hilfe der drei hier skizzierten Denkfiguren die ganze Bandbreite der gängigen Argumente zu erfassen. Hirschman wäre nicht der freiheitsorientierte Fortschrittliche, würde er seinen analytischen Blick nicht abschliessend auch noch zur anderen Seite wenden: Sozusagen als Zugabe nämlich zeigt er, wie in Teilen einer Fortschrittsargumentation ebenfalls beliebte, wiederkehrende Denkfiguren auszumachen sind. Auch hier gilt: Selber lesen lohnt sich.

Hans-Jakob Mosimann

Korruption statt Demokratie

Jean-Marie Guéhenno: Das Ende der Demokratie. Artemis & Winkler Verlag, München und Zürich 1994. 179 Seiten, Fr. 36.–.

Der französische Politologe und Europadiplomate Jean-Marie Guéhenno hat einen brillanten politischen Essay mit dem provozierenden Titel «Das Ende der Demokratie» geschrieben. Gehört er zur wieder auflebenden extremen Rechten, zu den Ewiggestrigen, die im Stil der Frontisten, Nationalisten und Faschisten der dreissiger Jahren wieder einmal die Untauglichkeit der Demokratie beschwören und einen autoritären Führerstaat herbeisehen? Keineswegs; der Versuch, in der heutigen Zeit und unter den aktuellen wirtschaftlichen Umständen einen starken Staat zu errichten, erschien ihm von vornherein als vergebliche Liebesmüh, denn er konstatiert eine unaufhaltsame Tendenz zur Auflösung aller staatlichen Strukturen. Die Epoche der Nationalstaaten gehe zu Ende, meint er. Das mag als

absurde Behauptung erscheinen in einer Zeit, da der Nationalismus in Osteuropa mit Kriegslärm wieder aufersteht und neue nationalstaatliche Gebilde zu errichten versucht. Aber vielleicht hat Guéhenno dennoch recht, wenn er meint, dieser neue Nationalismus könne unmöglich zu seinem Ziel gelangen, denn es handle sich dabei nur um eine hilflose Reaktion auf tiefgreifende Umwälzungen in den globalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Nation war ein politisches Schlagwort der Aufklärung, das die Souveränität der gekrönten Häupter in Frage stellte: Von der Nation, dem Volkskörper, geht alle staatliche Souveränität aus. Diese Idee wurde seit der Französischen Revolution in ganz Europa nach und nach politisch umgesetzt; es entstanden mehr oder weniger demokratische Nationalstaaten. Sie waren dadurch gekennzeichnet, dass sie ein einheitliches Rechtssystem schufen, das sich auf ein fest begrenztes Territorium bezog. Heute, am Ende des 20. Jahrhunderts, sei die Zeit der

Nationalstaaten abgelaufen, meint Guéhenno, weil eine weltweit vernetzte Wirtschaft die nationalstaatlichen Strukturen unterlaufe. Mit der Auflösung der Nationalstaaten verschwinde aber auch das Handlungsfeld der Politik im klassischen Sinn; Demokratie werde unmöglich. Staatliche Politik könne nur noch den von der Wirtschaft getroffenen Entscheidungen hinterherlaufen und versuchen, die neuen Entwicklungen im nachhinein irgendwie zu regeln und zu sanktionieren.

Zur Veranschaulichung: Eine französische Firma produziert in Portugal und in Indien, verkauft ihre Produkte im EU-Raum, in den USA und in Südamerika und lässt ihre Buchhaltung in Bombay führen. Die Firmenleitung kann sich die aktuellen Geschäftsdaten jederzeit via Satellit auf ihre Computer in Paris übermitteln lassen, aber auch an jeden beliebigen anderen Ort auf der Welt. Es gibt keine Zentrale, die allein die strategischen Entscheidungen trifft, sondern die wichtigen Entscheidungen sind die Summe vieler kleiner Entscheidungen, die irgendwo im Gefüge der Firma getroffen werden. Die Finanzanalystinnen verfolgen ständig die Entwicklungen auf den Waren- und Devisenmärkten; täglich und stündlich werden Umbuchungen von Bank zu Bank auf der ganzen Welt vorgenommen, und ein beträchtlicher Teil der Firmengewinne resultieren nicht aus der eigentlichen Produktion, sondern aus reinen Finanzgeschäften. Spezialisten im Sold der Firma lobbyieren bei den französischen und bei den EU-Behörden, versuchen, die Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen. Schmiergelder werden nicht nur an Geschäftspartnerinnen, sondern auch an Politiker gezahlt. Der Besteuerung ihrer Gewinne durch den Staat kann sich die Firma dank ihrer internationalen Organisationsstruktur weitgehend entziehen; die staatlichen Gesetze gelten für sie nur bedingt.

Die Politik ist nicht mehr in der Lage, sich die Wirtschaft unterzuordnen. Der Natio-

nalstaat wird unterlaufen. Was entsteht an seiner Stelle? Supranationale Gebilde wie die EU? Guéhenno prognostiziert einen radikalen Auflösungsprozess und fasst ihn in einem historischen Vergleich: So wie die römische Republik sich in ein von den Barbaren im Grenzbereich aufgeweichtes Kaiserreich, in ein spätantikes Imperium, verwandelte, wobei die um sich greifende Korruption die alten Bürgertugenden verdrängte, so werde der demokratische Nationalstaat sich in ein korruptes Gebilde ohne eigentliches Machtzentrum und ohne feste Grenzen verwandeln. Dieses neue Imperium werde nur noch durch gewisse Spielregeln im Geldverkehr, aber nicht mehr durch einen politischen Willen geordnet sein. Die Politik im klassischen Sinn werde abdanken, Gesellschaft und Wirtschaft würden nur noch nach dem Prinzip der Profitmaximierung funktionieren; einziger universaler Wert werde der Geldwert sein.

Geht es Guéhenno darum, eine Karikatur kommender Entwicklungen zu zeichnen und den Widerstand dagegen zu mobilisieren? Oder ist er bereit, diese Entwicklung widerstandslos zu akzeptieren? Gewisse Passagen in seinem Buch lassen den Eindruck aufkommen, Guéhenno begrüße sogar das künftige Imperium der Korruption, weil es geeignet sei, grössere gesellschaftliche Konflikte zu dämpfen oder zum vornherein auszuschalten, indem es alle gegensätzlichen Interessen in die Watte der Korruption einpacke. Diese Sicht der Dinge hat manche Politiker und Politologen in Frankreich, Deutschland und der Schweiz empört. Hierzulande hat Arnold Künzli, der emeritierter Professor für Philosophie der Politik und Verfasser des Buches «Trikolore auf Halbmast», am entschiedensten protestiert. Im TA vom 1. September 1994 schreibt er, Guéhenno schildere zwar gewisse Entwicklungen durchaus zutreffend, ziehe aber daraus gefährliche Schlüsse. Statt angesichts der Korruption auf Anständigkeit zu pochen,

statt dem Zerfall gewisser Wertvorstellungen energisch die universellen Werte der Französischen Revolution entgegenzusetzen, statt also die Trikolore, die immer noch auf Halbmast steht, endlich ganz zu hissen, hole Guéhenno sie herunter und sei bereit, die Ideen der Aufklärung einfach zu verabschieden. «Was unsereiner weitgehend als besorgniserregenden Verfall empfindet», schreibt Künzli, «begrüsst Guéhenno mit einem kaum mehr zu überbietenden Zynismus als unabänderlichen Weg der Geschichte. Eine unkritische Theorie par excellence, die die kritische Vernunft verabschiedet hat».

Als strammer Aufklärer hat Künzli nichts übrig für den von Guéhenno verbreiteten «postmodernen Nebel». Ist es wirklich nur Nebel? Guéhenno gibt am Ende seines Buches zu erkennen, dass er zwar den Zerfall universeller politischer Werte für unvermeidlich hält, dass er aber an die Möglichkeit einer Rekonstruktion glaubt. Es brauche eine ethische Debatte, meint er, «aus der eines Tages vielleicht die Politik in einem Prozess neu entsteht, der auf

einer unteren Ebene beginnt – ausgehend von der lokalen Demokratie und der Definition, die sich eine Gemeinschaft selbst gibt – und der sich von dort nach oben fortpflanzt». Und in einem Interview im Spiegel 2/95 wehrt sich Guéhenno dagegen, mit Fukuyamas These vom «Ende der Geschichte» in Zusammenhang gebracht zu werden: «Im Unterschied zu Fukuyama will ich die Menschen warnen, zur Übernahme von Verantwortung bewegen – für die Freiheit der Gesellschaft von morgen». Guéhenno will eine geistige Revolution, und er hofft auf die «Weisen» im Sinn der stoischen Philosophie, die imstande sein müssten, «die endliche Welt, die wieder unser gemeinsames Schicksal geworden ist, gedanklich zu fassen». – Wieder der Rückgriff auf die Spätantike also, nicht als Rückzug aus der Welt, sondern als Versuch, dieser Welt einen Sinn zu geben. Guéhennos Gedankengänge sind schillernd und im einzelnen nicht immer sehr präzise. Aber der Essay als ganzes ist anregend und interessant – eine unbedingt empfehlenswerte Lektüre!

Tobias Kästli

Gerechte Wirtschaftsweise

Carlo Knöpfel: Arbeitslos – aussichtslos? Überlegungen zu einer menschengerechten Strukturpolitik in der Schweiz, 1994. Herausgegeben von der Caritas Schweiz, Löwenstrasse 3, Postfach, 6002 Luzern.

Oliver Arnet/Carlo Knöpfel: Langzeitarbeitslosigkeit. Acht sozialpolitische Vorschläge, herausgegeben von der Caritas Schweiz, 1994.

Obwohl Politik und Presse das Thema verabschiedet haben, betrifft und bedroht

Arbeitslosigkeit und immer stärker auch die Langzeitarbeitslosigkeit zu viele arbeitswillige und -fähige Menschen.

In seiner Analyse der ökonomischen Situation der Schweiz beharrt Carlo Knöpfel entgegen der offiziellen BIGA-Politik, dass diese langanhaltende Arbeitslosigkeit ein Zeichen der strukturellen Veränderung der Wirtschaft und nicht bloss rezessionsbedingt ist. So zerpfückt er zum einen in einer eindrucklichen Analyse die offiziellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik, macht die impliziten Interessen der Auf-

traggeber von Statistiken transparent und bietet eine eigene Interpretation an. Zum andern begründet er seine Analyse der strukturellen Arbeitslosigkeit mit den Hinweisen, dass Schweizer Firmen drei fünftel ihrer neuen Arbeitsplätze im Ausland schaffen, dass ein Einbruch im Dienstleistungssektor festzustellen ist und dass drittens kaum mehr Umschulungen und Sozialpläne für ältere ArbeitnehmerInnen geboten würden, da diese Angebote für die Firma nicht mehr rentiere. Der Strukturwandel verlangt eine brutale Flexibilität der ArbeitnehmerInnen, ungeachtet der Auswirkungen auf ihr soziales und privates Leben. Knöpfel zeigt jedoch auch ökonomische Alternativen auf, die bei den Arbeitslosen selbst ansetzt. So will er – als ein Beispiel – den Sozialstaat nicht mehr länger über die Lohnkosten und damit über Arbeit finanzieren lassen, sondern über das allgemeine Steuersystem (vgl. 30).

Der Strukturwandel erlaubt jedoch auch, die Veränderungsprozesse mitzugestalten und eigene Vorstellungen einer besseren Arbeitswelt einzubringen. In Anlehnung an Robert Jungks Zukunftswerkstatt, die den drei Phasen Kritik – Phantasie – Verwirklichung folgt, entwickelt Knöpfel im zweiten Teil seiner Studie den Traum einer besseren Arbeitswelt. Kernpunkte dieses Traumes ist die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die Sicherung eines Grundeinkommens und die Einführung einer obligatorischen Sozialzeit bzw. eines Sozialdienstes. «Träume sind Einladungen zu einer neuen Praxis der Wachsamkeit» (49) schreibt Carlo Knöpfel und lässt den Träumen kritische Anstiftungen zu deren Realisierungen folgen.

Interessant scheint mir, dass Knöpfel, selbst promovierter Ökonomie, keine Berührungspunkte zu ethischen Überlegungen zeigt und darauf beharrt, dass Ökonomie letztlich einem menschengerechten Leben dienen muss. Und «menschengerecht

recht meint hier zweierlei. Der Begriff beschreibt eine gesellschaftliche Entwicklung, die sozial verantwortbar, ökologisch durchhaltbar, demokratisch abgestützt und weltverträglich ist. Er meint zweitens das bewusste Mitgestalten der nötigen politischen Rahmenbedingungen, damit sich eine solche Entwicklung einstellen kann» (6). Die Ökonomie muss sich also nach einer gemeinsam ausgehandelten Gerechtigkeit orientieren!

Dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist die zweite Studie gewidmet. Als langzeitarbeitslos bezeichnet man jene «Personen, die seit mehr als zwölf Monaten bei den Arbeitsämtern gemeldet sind» (9). In einem ersten Teil beschreiben und analysieren die beiden Autoren Arnet/Knöpfel Langzeitarbeitslosigkeit. Sie stellen fest, dass trotz abnehmender Arbeitslosigkeit die Langzeitarbeitslosigkeit steigt und dass vorwiegend ältere Personen davon betroffen sind. Im zweiten Teil werden all jene ökonomischen, juristischen und sozialen Gefahren aufgezeigt, denen Langzeitarbeitslose unverschuldet ausgesetzt sind. Mit den Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit – ökonomische Engpässe, gesellschaftliche Ausgrenzungen, Stress, Schlafstörungen, Resignation und Depression bis hin zu einem «kumulativen Trauma» (38) – müssen sich die Betroffenen selbst abmühen; ihre Probleme werden von Fürsorgeämtern, die ihrerseits angesichts der Menge und der Not der Arbeitslosen oft überfordert sind, administrativ gelöst und verwaltet. Eine gute psychosoziale Betreuung für Langzeitarbeitslose fehlt.

Hier setzen nun jene Vorschläge ein, die die beiden Autoren als «politische Anliegen und Selbstverpflichtung der Caritas» ausgearbeitet haben. So fordern sie im Namen der Caritas – beispielsweise – die Erhöhung der Taggeldbezugsdauer auf 500 Tage und für über 60jährige Arbeitslose eine unbefristete Taggeldbezugsdauer bis

zur Pensionierung. Sie verlangen eine Vereinheitlichung und Ausbau der kantonalen Arbeitslosenhilfe, so dass diese ihre Brückenfunktion zwischen Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe wahrnehmen kann. Und die «Caritas Schweiz verpflichtet sich, ein Beratungsangebot für Gemeinden zu entwickeln» (47), um diese in ihren psychosozialen Begleitungen von Langzeitarbeitslosen zu unterstützen.

Diese Studie zeigt eindrücklich, dass Analyse und Praxis zusammengehören und gemeinsam realisiert werden können. Die

Vorschläge der Selbstverpflichtung der Caritas finde ich klug, sozial wichtig und wertvoll und sozialpolitisch anregend. Nur bin ich skeptisch, was die Konkretisierung durch eine solche Institution anbelangt, die traditionell an eine bestimmte Partei gebunden ist, auf Spenden und eine gute Presse angewiesen ist und als grössere Institution selbst zu wenig bedürfnisorientiert reagieren kann. Was aber auch hier auffällt, ist der Wille, Gerechtigkeit in die ökonomische Situation einzubringen.

Lisa Schmuckli